



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Christine Kamm, Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Gewalt gegen Frauen bekämpfen IV Bedarfsorientierter Ausbau der Frauenhäuser, Notrufe und Fachberatungsstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, nach Möglichkeit im Einvernehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Trägern der Frauenhäuser bis zum Ende des Jahres 2017 ein Programm für den Ausbau der Frauenhäuser, Frauennotrufe und Fachberatungsstellen in Bayern zu entwickeln, das sich am regionalspezifischen Bedarf orientiert.

Begründung:

Die vom Institut für empirische Soziologie an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg vorgelegte „Studie zur Bedarfsermittlung zum Hilfesystem für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder in Bayern“ hat alarmierende Defizite bei den Angeboten zum Schutz und zur Beratung von gewaltbetroffenen Frauen in Bayern offenbart.

So ist das Angebot an Frauenhausplätzen für gewaltbetroffene Frauen absolut unzureichend. In Bayern gibt es nur 38 staatlich geförderte Frauenhäuser mit einer Gesamtkapazität von 340 Plätzen für gewaltbetroffene Frauen. Laut der Studie mussten im Jahr 2014 2.845 Frauen aus Kapazitätsgründen von den Frauenhäusern abgewiesen werden, wovon zwei Drittel nicht zeitnah an andere Stellen weiterverwiesen werden konnten. Die Zahl der Aufnahmen lag demgegenüber nur bei rund 1.500 Frauen. Damit wurden sogar deutlich mehr Frauen von den Frauenhäusern abgewiesen, als insgesamt im Jahr 2014 aufgenommen werden konnten. Es besteht also ein dringender politischer Handlungsbedarf beim sofortigen Ausbau der Frauenhausplätze für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder in Bayern. In den Handlungsempfehlungen der Studie wird eine am regionalen Bedarf orientierte schrittweise Aufstockung der Frauenhausplätze um 35 Prozent gefordert.

Auch die Notrufe und Fachberatungsstellen in Bayern arbeiten angesichts der wachsenden Zahl Beratung suchender Frauen am Limit. So mussten die 33 staatlich geförderten Notrufe und Fachberatungsstellen allein im Jahr 2014 6.232 Frauen persönlich beraten. Eine zeitnahe Unterstützung der betroffenen Frauen ist immer schwerer zu gewährleisten. Es fehlen Kapazitäten für die Beratung zu sexueller Gewalt und für traumaspezifische Angebote. Ein weiterer flächendeckender Ausbau der Beratungsangebote ist dringend erforderlich.

Die kommunalen Spitzenverbände haben nun die aktuellen Daten für die regionalen Bedarfe in den Jahren 2015 und 2016 erhoben. Sie werden zurzeit von der Katholischen Stiftungsfachhochschule ausgewertet. Auf Basis dieser regionalspezifischen Daten kann nun bis zum Jahresende 2017 ein konkretes Ausbauprogramm entwickelt werden. Angesichts des akuten Versorgungsnotstands im gesamten Hilfesystem für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder kann hier nicht bis zur Vorlage eines neuen „Gesamtkonzepts für Frauenhäuser und Frauennotrufe“ gewartet werden.